



Joachim Poß

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretender Vorsitzender  
der SPD-Bundestagsfraktion

## Rede beim politischen Aschermittwoch in Bad Sassendorf

17. Februar 2010

Es gilt das  
gesprochene Wort!

Anrede,

als mich Norbert Römer letztens ansprach, ob ich als Redner zu Eurer Aschermittwochsveranstaltung kommen kann, habe ich gerne zugesagt. Ich freue mich, dass mich der politische Aschermittwoch nun auch einmal nach Bad Sassendorf geführt hat.

Zum Aschermittwoch gehört es, politisch Bilanz zu ziehen. Dieses „Bilanzziehen“ fällt dieses Jahr dann allerdings weit weniger erfreulich aus: Die Bundestagswahlen im September haben uns eine schwarz-gelbe Bundesregierung beschert, die nun seit über hundert Tagen im Amt ist.

Gemeinhin sagt man, dass man eine neue Regierung innerhalb der ersten hundert Tage ihrer Amtszeit nicht kritisieren soll. – Hätte ich mich immer an diese Vorgabe gehalten, dann hätte ich – ganz entgegen meiner Art und meinem Naturell – fast ausschließlich schweigend in Berlin unterwegs sein müssen!

Denn etwas Positives gibt es über diese neue Regierung kaum zu sagen.

Da ist eine Koalition aus Union und FDP als viel zitierte Liebesheirat begonnen worden. Bei einer Ehe spricht man ja oft vom verflixten siebten Jahr. Aber diese angebliche **Liebesheirat** hat ja noch nicht einmal den siebten gemeinsamen Monat in Harmonie erreicht! Wenn man sich das Gezänk anschaut, dann ist man jetzt schon geneigt, sich den Scheidungsrichter herbeizusehnen, um dem Treiben ein Ende zu machen!

Man reibt sich überrascht die Augen! Aber wenn man sich genau anschaut, wer die handelnden Personen sind, dann verfliegt die Überraschung doch ganz schnell:

Da ist zuerst mal die FDP mit **Guido Westerwelle**. Dessen politische „Arbeit“ bestand bisher eigentlich immer nur darin, gefällige Phrasen in Talkshows zu dreschen. In dem Zusammenhang gibt's ja auch die bekannte Feststellung:

„Was wäre, wenn die FDP keinen Guido Westerwelle mehr hätte? – Dann wäre jeden Sonntag bei Anne Will ein Stuhl frei.“

Dass von dieser Seite keine konstante, solide und verlässliche Arbeit zu erwarten war, überrascht nicht.

Nächster Darsteller im Koalitionsstadl: Die CSU mit dem Alpen-Casanova Horst Seehofer. **Seehofer** bringt das Kunststück fertig, in München bajuwarische Folklore zu verbreiten und gleichzeitig Angela Merkel in Berlin das Gefühl zu vermitteln, er säße ihr im Nacken. Dass die CSU in einer Koalition nur ihr eigenes – übrigens sehr bayrisches Süppchen! – kocht und darüber hinaus bestenfalls noch irgendwelchen Lobbyinteressen zum Durchbruch verhelfen will, ist nach unseren Erfahrungen in der Großen Koalition nichts Neues. Doch leider vergessen es viele immer wieder: Wer die CDU wählt, der kriegt zwangsläufig die bayerische Seehofer-CSU als Dreingabe obendrauf!

Bliebe als großer Stabilisator und Leuchtturm für die Koalition nur Angela **Merkel** selbst: Und die verfolgt nun seit Jahren nur noch ein großes gesellschaftliches Projekt: Sie will Bundeskanzlerin bleiben; koste es, was es wolle. Diesem Ziel ordnet sie alles andere unter! Stabilität und Orientierung – vielleicht sogar mal ein unpopuläres Machtwort – ist von dieser Frau, die sich überall lieb Kind machen möchte, natürlich nicht zu erwarten.

Sie zaudert, zögert und wartet ab, aus welcher Richtung der Wind bläst. – Und dann trifft sie irgendwann eine Entscheidung, die sich nicht daran orientiert, was notwendig und richtig wäre, sondern daran, was gefällig ist und gut ankommt. Kurz und gut: Angela Merkel hat die **Führungsqualitäten eines Wackeldackels**: Sieht putzig aus, kommt gut an, aber bringt außer verständnisvollen Nicken nichts voran!

Wir müssen **dankbar sein**, dass wir dieser **stolpernden Chaostruppe nicht schon vor einem Jahr** – auf dem Gipfel der Finanz- und Wirtschaftskrise – **ausgeliefert waren**.

Denn das erfolgreiche Krisenmanagement ging maßgeblich auf sozialdemokratische Initiative und Konzepte zurück: Vor einem Jahr, als die Entwicklung auf Messers Schneide stand, haben wir nicht abgewartet und zugeschaut, sondern eingegriffen und gezielte Konjunkturprogramme durchgesetzt, die ihre Wirkung 2009 entfalten konnten: Durch **Impulse** für die Industrie – und damit für die dort vorhandenen **Arbeitsplätze** – ist es uns gelungen, den Nachfrageeinbruch aufzufangen.

Durch **Hilfen für die Kommunen** ist es uns gelungen, neue Investitionen in die Infrastruktur der Städte und Gemeinden anzuschieben. Aufträge an Tausende von Handwerksbetrieben und Kleinunternehmen haben großen Anteil an der Sicherung von Arbeitsplätzen.

Durch **Brücken auf dem Arbeitsmarkt**, insbesondere durch die Verlängerung und Erleichterung der Kurzarbeit, ist es uns gelungen, für Hunderttausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Arbeitsplatz zu erhalten, für Unternehmen den Bestand an Fachkräften zu sichern und damit eine gute Ausgangslage für den Weg aus der Krise zu schaffen.

Die Wettbewerbsfähigkeit und **Robustheit von Wirtschaft und Arbeitsmarkt** in Deutschland sind allerdings auch der langfristig angelegten Politik der vergangenen Jahre zu verdanken, mit der wir unsere **sozialen Sicherungssysteme krisenfest** gemacht haben. Deutschland hat seine Industrie – anders als z. B. Großbritannien – nicht preisgegeben, sondern gezielt modernisiert.

Vor allem die frühzeitigen von **rot-grün vorgenommenen Weichenstellungen bei Umwelttechnologie**, Energieeffizienz, Klimaschutz und regenerativen Energien hat Deutschlands Rolle als Ausrüster der Welt mit innovativen Produkten gestärkt. Wir haben den Staat handlungsfähig erhalten und die Infrastruktur erneuert. Deutschland hat zudem dafür gesorgt, die Menschen besser zu qualifizieren. Wir haben sie durch verstärkte Investitionen in Bildung und Ausbildung und durch intensive Bemühungen der Arbeitsvermittlung besser vorbereitet auf die Arbeit von morgen. Der deutsche Arbeitsmarkt ist dynamischer geworden, etwa durch Arbeitszeitmodelle, die auf konjunkturelle Schwankungen reagieren können.

Der Arbeitsmarkt profitiert immer noch davon, dass wir frühzeitig auf die Förderung erneuerbarer Energien gesetzt haben. Diese Technologien erleichtern uns jetzt nicht nur den Kampf gegen den Klimawandel, sondern werden mehr und mehr zum Exportschlager und Beschäftigungsmotor. Ich brauche hier sicherlich niemanden daran erinnern, wie sehr die Schwarzen anfänglich gegen die **Förderung erneuerbarer Energien** gewettert haben, in deren Erfolg sie sich jetzt gerne sonnen.

Aber es stimmt ja hoffnungsfroh, wenn man sieht, dass die Union in einigen Bereichen nur zehn Jahre hinter gesellschaftlichen Entwicklungen hinterherhinkt: Das lässt für die Zukunft hoffen! So könnte Angela **Merkel** dann im Jahr 2020 **gegen Atomkraft demonstrieren**,

während Philipp Mißfelder dann gerade 12 Monate **Elternzeit** nimmt.

Aber wir können nicht immer darauf setzen, dass mit der Zeit auch diese Regierung noch zu vernünftigen – sozialdemokratischen – Antworten auf die Herausforderungen der Zeit findet. Bereits in der Großen Koalition ist es uns nicht immer gelungen die Union zum Guten zu zwingen. Viel zu oft haben sich **CDU und CSU wie störrische Esel verweigert**. Um wie viel weniger können wir jetzt noch Gutes von dieser Regierung erwarten, da nun Guido **Westerwelle den Einflüsterer für die konzept- und orientierungslose Merkel** gibt. Es gibt zahlreiche Baustellen, auf denen wir Sozialdemokraten während unserer Regierungsbeteiligung der Union Fortschritte abgerungen haben, und bei denen jetzt viele in der neuen Koalition hinter das bereits Erreichte zurückwollen.

Beim **Mindestlohn** verweigern sich die Koalitionäre leider immer noch der Realität. Es ist gerade in einem marktwirtschaftlich geprägten System nicht zu rechtfertigen, wenn bei vielen Beschäftigten der Steuerzahler einen Teil des Lohns tragen muss. Mehrere Hunderttausende arbeiten in unserem Land Vollzeit und müssen sich nachher trotzdem noch staatliche Transferleistungen abholen, weil ihr Einkommen nicht zum Leben reicht. Das hat mit Marktwirtschaft nichts zu tun – und erst recht nichts mit sozialer Marktwirtschaft. Ich bin mir sicher, dass ein Mindestlohn auch im Interesse verantwortungsbewusster Unternehmer ist: Letztendlich schützt eine vernünftige Lohnuntergrenze gerade die kleinen und mittleren Unternehmen vor einem ruinösen Preiskampf. Dass auskömmliche Löhne vor allem auch eine Frage von Gerechtigkeit sind, muss ich hier wohl nicht besonders hervorheben.

Die prinzipiellen **Gegner von Mindestlöhnen** – wie Frau Merkel und ihre Chaoskoalition – versündigen sich übrigens doppelt: Sie machen sich erst zu **Komplizen von Ausbeutern** und bitten danach den Steuerzahler für ihr politisches Versagen zur Kasse. Denn jeder Euro, den sich ein Arbeitgeber durch Dumpinglöhne spart, muss später durch den Steuerzahler wieder draufgelegt werden.

Das ist schlimm für die Menschen, die für ehrliche Arbeit nur Hungerlöhne erhalten, und es belastet noch zusätzlich den Bundeshaushalt.

Die Frage von **fairen Löhnen** ist von entscheidender Bedeutung für die Leistungsbereitschaft in unserer Gesellschaft. Und das gilt **für den Niedriglohnbereich ebenso wie für Gehaltspakete von Managern** bei denen es um schwindelerregende Summen in Millionenhöhe geht: Es kann nicht sein, dass der Vergleichsmaßstab für die Einen die Millionengehälter der US-Manager sein sollen, während gleichzeitig in anderen Bereichen Niedriglöhne gezahlt werden, die nicht einmal die Lebenshaltungskosten komplett abdecken. Innerhalb weniger Jahre entfernten sich die **Einkommen der DAX-Vorstände vom 14-fachen des jeweiligen durchschnittlichen Belegschaftsgehalts auf das 44fache**.

Auch hier haben wir Sozialdemokraten während unserer Regierungsbeteiligung die Union zum Schießen tragen müssen. Trotz einiger Erfolge, die Möglichkeiten bieten, die größten Exzesse bei den Managergehältern einzudämmen, hat sich die Union einer großen Lösung verweigert. Immer wieder mussten wir feststellen, dass **für die Union die Interessen der Wirtschaftslobby Vorrang hatten** vor dem Wohlergehen der Allgemeinheit:

So lief das beispielsweise bei der angestrebten Neuordnung der **Erbschaftssteuer**, wo die Union versuchte noch möglichst viele **Steuergeschenke für reiche Erben** von großen Betriebsvermögen rauszuholen. Nachdem es so schien, als sei man sich in der Sache einig, kamen immer wieder neue Nachforderungen. Gleichzeitig liefen immer wieder Unionspolitiker durchs Land und redeten davon, dass sie die Erbschaftssteuer zumindest für Unternehmen abschaffen wollen! Für uns Sozialdemokraten war klar, dass die Erben großer Vermögen sich auch angemessen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen müssen. Denn die Bundesländer, denen das Geld aus der Erbschaftssteuer zusteht, haben genügend Bereiche

in denen sie noch eine Menge Geld in die Hand nehmen sollten: Stichwort Kinderbetreuung und Bildung – beide Bereiche sind nämlich eigentlich zentrale Aufgaben der Länder!

Wo bleibt denn da die Logik bzw. ein Restempfinden von Gerechtigkeit bei den Vertretern von CDU und CSU? Zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird – zu Recht – gesagt: „Wir brauchen Deine Steuern!“ Aber wenn gleichzeitig **jemandem ohne sein Zutun ein großes Vermögen in den Schoß fällt, dann soll das steuerfrei bleiben?**

In all diesen Bereichen ist die **Koalition dabei, heimlich, still und leise das Rad wieder zurückzudrehen:**

Da werden die branchenbezogenen Mindestlöhne, die wir durchgesetzt haben wieder in Frage gestellt!

Da wird die Erbschaftssteuer zu Gunsten der Superreichen ausgehöhlt!

Und da werden der Wirtschaftslobby von Union und Mövenpick-Partei-FDP Steuergeschenke in Milliardenhöhe hinterhergeschmissen, nachdem man großzügige Wahlkampfspenden entgegengenommen hat! Steuererleichterungen für Hoteliers nach Wahlkampfspenden; da bekommt ein altes Sprichwort eine ganz neue Wendung: „Wie man sich bettet, so liegt man!“ Schlimm nur für diejenigen, die sich keine Wohltaten der neuen Regierung erkaufen können!

Die neue Bundesregierung von CDU, CSU und FDP profitierte am Anfang ihrer Zeit von den Leistungen der Vorgängerregierungen. Nach gut 100 Tagen im Amt aber hat sie noch keinen eigenen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes geleistet. Im Gegenteil, sie setzt das Erreichte aufs Spiel mit einem katastrophalen Fehlstart, mit ihrer Orientierungs- und Entscheidungsunfähigkeit, mit einer Regierungskrise in Rekordzeit und mit Steuersenkungen auf Pump, die ausgesuchten Klientelgruppen und Besserverdienenden zugute kommen, aber Bund, Länder und Kommunen in den Ruin treiben.

Die Union verlässt endgültig – angefeuert durch die Mövenpick-Partei FDP – den Pfad der Tugend und schmeißt sich hinter dem nächstbesten Busch für ein paar Silberlinge der Lobby an den Hals!

Schwarz-Gelb verspielt die Zukunftschancen des Landes:

In der **Finanzpolitik** durch die extreme Ausweitung des strukturellen Defizits, hemmungslose Verschuldung, die Gefährdung der öffentlichen Haushalte und eine Steuerpolitik die die Verarmung der Kommunen bewusst in Kauf nimmt.

Vor der Wahl hat diese Koalition für Spitzenverdiener mehr Netto für alle versprochen. Jetzt zwingt genau die Politik dieser Koalition die Kommunen dazu, die Leistungen für ihre Bürger einschränken und die Gebühren erhöhen müssen.

Schwarz-Gelb verspielt die Zukunftschancen des Landes:

In der **Gesundheitspolitik** durch den Einstieg in die Privatisierung und Entsolidarisierung der gesetzlichen Krankenversicherung verbunden mit der einseitigen Mehrbelastung der gesetzlich Versicherten, der Erhöhung von Versicherungsbeiträgen und Prämien. Wer dem zuständigen Minister Rösler zuhört, der weiß, dass das für ihn kein Unfall ist, sondern genau der Weg den er konsequent weitergehen will. Für ihn steht das Wunschziel in der Gesundheitspolitik bereits fest, und das lautet: Kopfpauschale!

Schwarz-Gelb verspielt die Zukunftschancen des Landes:

In der **Familien- und Bildungspolitik** durch die Gefährdung des Ausbaus der frühkindlichen Betreuung, durch Fehlanreize mit Prämien für Eltern, die ihre Kinder vom frühen Lernen mit anderen Kindern und gezielter Sprachförderung fernhalten.

In der **Energiepolitik** durch den Ausstieg aus dem Atomausstieg, durch die Blockade von massiven Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien und durch Unentschlossenheit beim Klimaschutz.

Schwarz-Gelb verspielt die Zukunftschancen des Landes:

In der **Wirtschaftspolitik** durch die vielfach widerlegte Lebenslüge, ziellose und wahllose Steuersenkungen würden sich selbst finanzieren, durch einen Mangel an Strategie für Investitionen in nachhaltiges Wachstum, für mehr Nachfrage nach hochwertigen Produkten und Dienstleistungen und für neue Arbeitsplätze.

In der **Arbeitsmarktpolitik** durch das Einreißen der Beschäftigungsbrücke, die Verschlechterung der Kurzarbeit und die Nichtverlängerung der Altersteilzeit, durch die Verunsicherung bei der Arbeitsvermittlung und die drohende Kürzung der Arbeitsförderung just in dem Jahr, in dem die Finanz- und Wirtschaftskrise mit voller Wucht auf dem Arbeitsmarkt ankommt.

Mit der **schwarz-gelben Koalition drohen wirtschaftliche Lähmung und soziale Spaltung** unseres Landes. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden die Zeche zahlen für die Verschuldung und Verarmung des Staates, die Umverteilung zu Gunsten höherer Einkommen, die Blockade von Mindestlöhnen, die Schwächung von Tariflöhnen und den Systembruch bei der solidarischen Krankenversicherung. Angela Merkel bricht ihre Wahlversprechen, denn durch steigende Abgaben, Gebühren und Zusatzprämien wird die Mehrheit der Menschen nicht mehr, sondern weniger Netto vom Brutto haben.

In dieser Situation, die geprägt ist vom Koalitionshickhack in Merkels Berliner Chaostruppe – und in der auf einmal sich die Lobbyisten in den Ministerien breit machen – in dieser Situation, wäre es um so wichtiger, dass zumindest in den Bundesländern vernünftige, solide und verantwortungsbewusste Politik gemacht wird.

Doch gerade wir **hier in Nordrhein-Westfalen sind mit einem Ministerpräsidenten geschlagen**, der seine politischen Ansichten öfter wechselt als andere Leute ihre Hemden. Der Wackeldackel Merkel in Berlin ist wie ein Fähnchen im Wind; aber gegen den gnadenlosen Populisten Rüttgers ist sie ein Hort der Standhaftigkeit. Rüttgers ruft heute Hüh und morgen Hott! Dabei erwartet er allen ernstes auch noch Applaus, Zustimmung und Wahlerfolg für seine Sprunghaftigkeit.

Dass er ein **begabter Sozialschauspieler** ist, der links blinkt und dann rechts überholt, wissen wir ja schon lange. Aber seine jüngste Schmierenkomödie ist der Gipfel an Dreistigkeit:

Offensichtlich sieht Rüttgers im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen so langsam seine Felle davon schwimmen. Und auf einmal – wie durch ein Wunder! – entdeckt er **sein Herz für die Kommunen und deren finanziellen Belange**. Nur leider folgen den schönen Sonntagsreden mal wieder keine Taten.

Denn die Taten dieses angeblich so kommunalfreundlichen Herrn Rüttgers sind nämlich schon längst vollbracht:

Über Jahre hat er den Kommunen immer größere Lasten aufgebürdet als diese schultern konnten. Dagegen haben die Kommunen mit Erfolg vor Gericht geklagt. Bis heute verschanzen sich Rüttgers und die Landesregierung in dieser Frage hinter Gefälligkeitsgutachten, um nicht den kompletten – von den Kommunen zu viel bezahlten – Betrag zügig erstatten zu müssen. Mit 1,8 Mrd. Euro steht Rüttgers noch bei den Kommunen in der Kreide.

Aber damit nicht genug: Sollten die **steuerpolitischen Vorhaben, die im Berliner Koalitionsvertrag** festgehalten sind, auch nur ansatzweise umgesetzt werden, dann drohen den Kommunen Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe. Allein die bereits umgesetzten Tollheiten haben die Kommunen rund 1,6 Mrd. Euro gekostet.

Derselbe **Rüttgers**, der jetzt die schwierige Finanzlage der Kommunen beklagt, hat als Stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender **den schwarz-gelben Koalitionsvertrag** im Bund **mit verhandelt und mit getragen**. Das ganze übrigens unter seiner Schirmherrschaft in der NRW-Landesvertretung.

Von der neuen „Rolle Rüttgers“ sollten sich die Bürger also nicht täuschen lassen. Bisher war Rüttgers die verheerende Finanzsituation der Kommunen völlig gleichgültig. Jetzt lehnt er plötzlich die katastrophalen weiteren schwarz-gelben Steuersenkungspläne ab. Dabei war Rüttgers im Bundestagswahlkampf einer der lautesten Marktschreier für Steuersenkungen. Jetzt will er von seinen eigenen Worten nichts mehr wissen. Wer vor der Wahl beliebig argumentiert, der wird nach der Wahl auch wieder beliebig handeln.

Fragt ruhig im Landtagswahlkampf mal die Landräte und Bürgermeister von der CDU, was sie machen wollen, wenn sich ihre schwarz-gelben Brüder und Schwestern in Berlin durchsetzen. Wenn es nämlich nach vielen von denen gegangen wäre, dann wäre die **Gewerbesteuer abgeschafft** worden, und die Kommunen würden mit noch leereren Taschen dastehen: Das hieße dann endgültig keine Investitionen in kommunale Infrastruktur, keine Möglichkeit kommunale Dienstleistungen anzubieten, keine Aufträge der Kommunen für die kleinen Betriebe vor Ort. Kurz: Gestaltende Kommunalpolitik wäre dann nicht mehr möglich! Die Bürgermeister und Landräte könnten nur noch den Mangel verwalten.

Wir **Sozialdemokraten sind die Kommunalpartei**, die sich für die Menschen vor Ort stark macht! Die Stabilisierung der Gewerbesteuer haben wir gegen harten Widerstand von CDU/CSU durchsetzen müssen. Das hat sich für die Kommunen gelohnt und das lohnt sich für die Menschen vor Ort in den Städten und Gemeinden!

Wir Sozialdemokraten stehen ein für einen **handlungsfähigen Staat**, der auch in Zukunft **in der Lage ist, seine Aufgaben wahrzunehmen**.

Die Ziele, die wir Sozialdemokraten damit verbinden, sind:

- eine starke und prosperierende Wirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen und fairen Löhnen
- eine menschliche Gesellschaft, die zwar vom Einzelnen individuelle Verantwortung einfordert, aber zur Absicherung gegen die großen Lebensrisiken funktionierende solidarische Sicherungssysteme bereithält.

Diese Antworten machen aber auch deutlich, dass wir einer Umverteilung von Unten nach Oben entschieden entgegen treten. Denn das wird unsere Gesellschaft nicht weiterbringen. Wir werden deshalb der regierenden Chaostruppe in Berlin ganz genau auf die Finger schauen und immer wieder auch Alternativen aufzeigen.

Denn bei allen rhetorischen Nebelkerzen, die von den Koalitionären in Berlin wie von Rüttgers in Düsseldorf immer wieder geschmissen werden, ist eins klar: Bei all den Parolen von „grundlegenden Umbaumaßnahmen“ und steuerlicher Entlastung geht es Schwarz-gelb zunächst einmal um nichts anderes als um **finanzielle Umverteilungen zu Lasten von kleinen und mittleren Einkommen oder die nicht hinnehmbare Entrechtungen der Arbeitnehmerschaft oder die Kürzungen bei Renten, Sozialleistungen oder öffentlichen Investitionen**. Denn das ist es, was mit den populären Schlagwörtern von **Deregulierung, Entbürokratisierung und Abbau der Steuerbelastung gemeint ist!**

Die im Mai anstehenden **Landtagswahlen** werden mit darüber entscheiden, wie es nach der Krise in unserem Land weitergehen soll. Sie werden mit beeinflussen, ob wir die richtigen Lehren aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ziehen, und den Kräften des Marktes Regeln und Grenzen setzen. Denn auch hier **zögert und zaudert die Berliner Koalition nur und benötigt einen lauten Weckruf!**

Unsere Vorstellungen liegen klar auf dem Tisch:

Wir wollen den **solidarischen Lastenausgleich in und nach der Krise:**

Wir **wollen sehr hohe Einkommen stärker besteuern** (Anhebung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 47% ab einem zu versteuernden Einkommen von 125.000 Euro/Verheiratete 250.000 Euro). Wir betrachten diese zwei zusätzlichen Prozent als „Bildungssoli“, denn wir wollen sie für die Kinder ausgeben, für mehr Ganztagschulen, gebührenfreie Kinderhorte und Kindergärten und gesundes Schulesen. Das hilft jedem einzelnen Kind und ist eine Investition in die Zukunft. Die Schwarz-Gelben wissen zwar nicht, was sie wollen, aber dieses Vorhaben lehnen sie ab. Sie machen weiter nach der Devise: „Wenn jeder nur an sich selbst denkt, dann ist an jeden gedacht!“

Wir dagegen sind der Meinung: Es müssen auch **diejenigen einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten, die bislang vom zügellosen Finanzkapitalismus profitiert haben.** Darum und zur Eindämmung kurzfristiger Spekulation wollen wir die Einführung einer **Steuer auf Transaktionen an den Finanzmärkten.**

Wir wollen Steuerhinterziehung noch härter als bisher bekämpfen: In Deutschland werden jährlich viele Milliarden Euro an den Finanzämtern vorbeigeschleust – in Länder, die damit Geschäfte machen. **Wir werden Steuerhinterziehung entschlossen bekämpfen!** Es darf sich das Trauerspiel nicht wiederholen, dass die regierenden in Berlin und Düsseldorf nur sehr zögerlich – ja geradezu mit strafvereitelnder Langsamkeit – Hinweisen auf Steuerhinterziehung nachgehen.

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten immer wieder unser Eintreten für eine solidarische Gesellschaft deutlich machen!

Lasst uns jetzt noch gemeinsam feiern und dann bis Mai den Schwarz-Gelben in Berlin und Düsseldorf ordentlich einheizen! Machen wir ihnen klar: Die große Mehrheit in diesem Land will keine von Lobbyisten gelenkte Republik.

Die große Mehrheit in diesem Land will eine soziale und gerechte Gesellschaft.